

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Silke Seif, Stephan Gamm, Dr. Anke Frieling,
Sandro Kappe (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/15159

Betr.: Echte regionale Beteiligung in der Schulentwicklungsplanung gewährleisten

Gerade in einer wachsenden Stadt wie Hamburg kommt einer vorausschauenden und regionalen Schulentwicklungsplanung eine zentrale Funktion zu. Dennoch hat der rot-grüne Senat diese verschlafen und wurde von steigenden Schülerzahlen überrascht. Die CDU-Fraktion hatte bereits seit Jahren einen neuen Schulentwicklungsplan gefordert. Der letzte Schulentwicklungsplan ist 2017 ausgelaufen und wurde erst nach massivem Druck der CDU im Jahr 2019 neu aufgesetzt. Seither läuft Hamburg der Entwicklung weiter hinterher, obwohl der Senat von einer kontinuierlichen Anpassung spricht. Es fehlt an einer echten und funktionierenden Beteiligung der Bezirke und Schulregionen. Künftig muss eine kontinuierliche Anpassung des Schulentwicklungsplans unter Beteiligung der bezirklichen Gremien wie zum Beispiel des Schulabschlusses und der Betroffenen vor Ort erfolgen. Schulentwicklung muss in den Bezirken vor Ort unter Mitwirkung der Bezirkspolitik und der Betroffenen vor Ort stattfinden und darf nicht nur aus der bezirklichen Verwaltungsebene und der Schulbehörde vorgenommen werden.

Die bezirklichen Gremien wurden in der Vergangenheit in den gesamten Prozess der Schulentwicklungsplanung nur unzureichend und wenn zu spät eingebunden. Dies hat verständlicherweise für viel Frust und Unmut bei allen Beteiligten gesorgt. Eine ordentliche und faire Beteiligungskultur sieht aus unserer Sicht anders aus.

Aus diesem Grund fordert die CDU-Fraktion den Senat auf, endlich eine echte und funktionierende regionale Beteiligung in der Schulentwicklungsplanung zu gewährleisten. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, wie aktiv, kontinuierlich und unter echter Beteiligung der bezirklichen Gremien wie zum Beispiel dem Schulausschuss sowie den Betroffenen – also der Schulgemeinschaften und nicht nur Schulleitungen, sondern auch Eltern-, Schülerräte und gegebenenfalls Anwohner sowie Sportvereine et cetera – eine ernstgemeinte Mitwirkung gewährleistet werden kann. Als Negativbeispiel muss hier der Schulcampus Hanhoopsfeld genannt werden. Solch eine schlechte Planung und mangelnde Beteiligung gilt es zukünftig zu verhindern.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. regionale Beteiligungsformate zu entwickeln, mit denen bezirkliche Gremien und betroffene Schulgemeinschaften und Anwohner frühzeitig in eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung kontinuierlich einbezogen werden;
2. hierbei die Beteiligung der bezirklichen Gremien, zum Beispiel des Schulausschusses oder der regionalen Bildungskonferenzen sowie aller Betroffenen frühzeitig und niedrigschwellig zu gewährleisten;

3. der Bürgerschaft bis zum 31. Juli 2024 zu berichten.